



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/XVI/24 - 28. Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0 886 890

Nur veröffentlicht in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Wo bleibt der Haushaltsnachtrag für 1961?</u> Ausgebliebene Zusagen des Bundesfinanzministers	33
2 - 3	<u>Portugal wird "entdeckt"</u> Erstes Ergebnis der Kapzung der "Santa Maria"	45
3	<u>Hauplandpreise</u> Eine unerträgliche Entwicklung	21
4	<u>Ganz auf rohen Eiern</u> Wie die UKO den Schutz der Bürgerrechte sichern will Von Bruno Kuster, Genf	54
5 - 6	<u>Werden Kieler Versäumnisse aufgearbeitet?</u> Eine Landtagsdebatte und ihre Folgen	63
6	<u>Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel bleibt</u> Eine Berichtigung	29

\* \* \* \*

28. Januar 1961

Wo bleibt der Haushaltsnachtrag für 1961.?

Der Bundesfinanzminister Litzel ist bei der letztjährigen Haushaltsberatung kritisiert worden, weil er dem Haushaltsausschuss noch am letzten Beratungstag eine "Wechschiebeliste" vorgelegt hat, die einen Mehrausgaben in Höhe von 5/4 Milliarden DM enthielt. Gleichzeitig wurde mit einem Federstrich für 2,3 Milliarden DM Deckung im ordentlichen Haushalt geschaffen. Nach monatelanger Schwarzmalerei kam dieser Fundel alles plötzlich, um glaubhaft zu sein. Dahinter steckt Methode.

Auch in diesem Jahr wird das gleiche Spiel gespielt. Die Ausschussberatung währt sich dem Ende am 8. März 1961 soll bereits die zweite Lesung des Haushaltes 1961 im Plenum des Bundestages beginnen und immer noch wühlt sich der Bundesfinanzminister in Schweigen über die ordnungswidrigen Mehrbelastungen und den Ausgleich des Haushalts. Die Regierungsvorlage soll um rd. 4. Milliarden auf fast 50 Milliarden DM ausgeweitet werden.

Obgleich der Bundesfinanzminister im Bundestag bei der letzten Lesung des Haushaltes 1960 zugesagt hat, während der Ausschussberatung jeden Monat einmal die Veränderung der Haushaltssituation dem Ausschuss anzulegen, ist dies bisher noch nicht ein einziges Mal geschehen.

Auch die weitere Zusage des Bundesfinanzministers bei der ersten Lesung am 5.1.1960, dem Bundestag eine Ergänzung über die Veränderung des Haushaltsplans vorzulegen und "nicht wieder in den letzten Minuten mit diesen Dingen" zu kommen, ist bisher nicht gehalten worden. Immerhin besteht noch die Aussicht, daß Eitel die Unterlagen diesmal einige "Minuten" früher herausbrückt als im letzten Jahr. Die Tendenz ist offensichtlich: Der Bundestag soll solange wie möglich über die Veränderungen der Haushaltsplanung und über den Ausgleich im unklaren gehalten werden, damit über diese Dinge nicht eingehend diskutiert werden kann.

Die Mehrheit des Bundestages mag dieses Verfahren gutheissen, die SPD ist nicht gewillt, diese Behandlung des Parlaments länger hinzunehmen. Das ist ein schlechter parlamentarischer Stil und zeigt, daß wir in der Bundesrepublik von den alten traditionsreichen parlamentarischen Demokratien noch einiges lernen müssen.

### Portugal wird "entdeckt"

sp - Es ist kaum anzunehmen, dass die Kaperung der "Santa Maria" grosse internationale Konfliktstoffe in sich birgt, wie etwa die Krisen in Kongo, um Kuba oder in Laos. Einmal sind die Rebellen unter Führung des im Exil lebenden Generals Delgado in keiner Weise kommunistenfreundlich, zum anderen haben - was zu Beginn der "Affäre Santa Maria" nicht ganz klar war - die USA erklärt, sie würden das gekaperte Passagierschiff zwar verfolgen, aber nicht aufbringen. Durch diese massigende Stellungnahme der Vereinigten Staaten ist Moskau die Möglichkeit genommen worden, sich wieder einmal als "Beschützer der Unterdrückten" aufzuspielen.

Immer deutlicher dagegen wird es, dass die Rebellen mit der Kaperung der "Santa Maria" zunächst die Weltöffentlichkeit auf die Diktatur des Präsidenten Salazar in Portugal aufmerksam machen wollten. Interessante Hinweise lassen darauf schliessen, wie wenig sich die offiziellen Verbündeten Portugals, also die westliche Welt, bisher um die Tatsache gekümmert haben, dass in Portugal vieles geschieht, was mit der Charta der Vereinten Nationen und den ideellen Bestrebungen des Atlantik-Bündnisses nicht in Einklang zu bringen ist.

Seit der Kaperung der "Santa Maria" strömen Reporter der grossen westlichen Nachrichtenagenturen, der Bildzeitschriften und Wochenschaun nach Portugal. Auf einmal wird dieses Land "entdeckt". Man untersucht die Lebensbedingungen der Bevölkerung, stellt mit Entsetzen fest, dass es in Portugal eine verhältnismässig kleine Schicht von unermesslich reichen Leuten gibt, während die Masse der Bevölkerung buchstäblich im Elend lebt. Auch beginnt man sich plötzlich für die Ausgabenwirtschaft Salazars zu interessieren, verweist auf völlig unnötige aber sehr kostspielige öffentliche Frankbauten und findet sogar heraus, dass in den vergangenen Jahren die Finanzierung dieser Bauten auf höchst merkwürdige Art und Weise zustande kam. Durch die Weltpresse geht also plötzlich ein Raunen des Erstaunens darüber, dass man nicht schon früher bemerkt hat, wie undemokratisch, unsozial und geradezu anachronistisch das "Regime Salazar" in Portugal ist.

Noch einen anderen Effekt hat die Kaperung der "Santa Maria" gehabt: Die Opposition in Portugal selbst beginnt sich zu sammeln und

nimmt die Gelegenheit der Anwesenheit ausländischer Journalisten wahr, um ihre Vorstellungen von einem modernen und freiheitlichen Portugal endlich einmal der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Auch die portugiesischen Kolonialbesitzungen geraten in Bewegung. Man hat seit Jahrzehnten die Bevölkerung in Portugiesisch-Afrika zielbewusst von jeder eigenen geistigen Entwicklungsmöglichkeit ferngehalten. Das hinderte natürlich nicht die Elite der Eingeborenen daran, auszuwandern und sich die Kenntnisse für eine spätere Emanzipationsbewegung ihres Volkes an den Universitäten freier Länder zu verschaffen. All das schlägt jetzt über Salazar zusammen, ins Rollen gebracht durch den Piratenstreich der Anhänger DeGadós. Portugal, das Land der Entdecker, wird plötzlich entdeckt.

+ + +

#### Baulandpreise

sp - Unser Wohnungsbauminister Dr. Lücke macht offiziell in Optimismus. Seine Angaben über die Lage auf dem Wohnungsmarkt haben nur den Schönheitsfehler, daß sie vieles unberücksichtigt lassen, was die amtliche Statistik selbst enthüllt. So verzerrt er dauernd das statistisch festgestellte Wohnungsdefizit mit dem über diesem Defizit hinausgehenden Wohnungsbedarf, ein Trick, der einfach nicht sticht. Herrn Lücke wäre einmal der Besuch von Stadtratsitzungen irgendeiner mittleren oder Großstadt zu empfehlen; er würde dort seine Wunder erleben.

Noch besser wäre freilich eine Rundreise bei den Wohnbausparern. Sie zählen fast dreieinhalb Millionen. Sie legen oft die letzten Groschen zusammen, um zu dem ersehnten Eigenheim zu kommen, aber nicht allzuvielen dürfte dieses Ziel erreichen. Es fehlt ihnen der längere Atem, sie können den Wettlauf mit den steigenden Baulandpreisen nicht mehr aushalten. Was sich auf diesem Gebiet tut, grenzt schon an einen öffentlichen Skandal. Der Bodenwucher hat ungeahnte Ausmaße angenommen, besonders seit dem Inkrafttreten des Bundesbaugesetzes und der Aufhebung des Preisstopps. Verhältnismäßig Wenige bereichern sich auf Kosten der Vielen und torpedieren damit eine Eigentumspolitik, zu der sich ja auch die Regierung bekennt. Eine große Anfrage der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wird diesen Dschungel beleuchten. Auf die Antwort der Regierung warten Millionen Wohnbausparer.

+ + +

## Tanz auf rohen Eiern

Von Bruno Kuster, Genf

Der Versuch, alle Regierungen zur uneingeschränkten Respektierung der politischen Bürgerrechte, wie sie in der Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind, zu bewegen, gleicht einem Tanz auf rohen Eiern. Das Kunststück besteht darin, einerseits jede Missachtung dieser Rechte festzustellen, andererseits aber keiner Regierung zu nahe zu treten und die Gesamtheit der Staaten, von denen nicht wenige selbst Sünder sind, als höchste Treuhandstelle für den Schutz der politischen Bürgerrechte anzusprechen.

Der Südamerikaner Fernan Santa Cruz, Sonderberichterstatter der Kommission für Menschenrechte, schreibt in seinem dem UNO-Generalsekretär übermittelten Berichtsentwurf:

"Die verschiedenen Länder können es sich nicht mehr leisten, in der Isolierung zu leben; jedes muss nach Wegen der Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn und innerhalb der internationalen Gemeinschaft suchen. Ausserdem ist heute jedes Land mehr als je in der Geschichte dem Urteil der Weltmeinung ausgesetzt. Zusammenarbeit und Unterstützung, deren sich eine Regierung erfreut, hängen in hohem Masse von der Rechtmässigkeit ihres Mandates ab, und es ist nicht mehr möglich, die Wahrheit zu verbergen, wenn die Behörden eines Landes nicht wirklich dem Volkswillen Ausdruck geben. Deshalb sehen die Regierungen einen Vorteil darin, dass die Welt weiss, dass sie aus freien Wahlen hervorgegangen sind..."

Ist dieses Vertrauen in die Weltöffentlichkeit grundsätzlich gerechtfertigt - warum denn sonst würden gerade die diktatorischen Regime so grossen Wert auf 99-prozentige Wahlergebnisse legen? -, ist jede Anstrengung in der Richtung auf eine umfassendere Verankerung der politischen Rechte zu begrüssen, auch wenn die Fortschritte nicht gleich sichtbar sind.

Santa Cruz macht immerhin mit Recht darauf aufmerksam, dass die Zuerkennung politischer Rechte in den letzten Jahren eine gewaltige Ausdehnung erfahren hat. In manchen Ländern erhielten Bevölkerungsgeschichten das Stimmrecht, die bisher davon ausgeschlossen waren. Mit der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit erhielten zahlreiche Völker erstmals politische Rechte - so beschränkt und schwierig anzuwenden sie auch sein mögen. Dank neuer Methoden können sogar Analysten - nicht nur fiktiv - an politischen Entscheidungen teilnehmen.

Den Skeptikern, welche die Zweckmässigkeit des Systems der repräsentativen Demokratie für "primitive Völker" und die "ungebildeten Massen" in Frage stellen, kann nur die Tatsache entgegengehalten werden, dass sich jede andere Staatsform nur mit Zwang und Unterdrückung überlassen zu halten vermag.

In der Absicht, die demokratischen Rechte international wirksamer zu verankern, regt Santa Cruz die Ausarbeitung einer Grundsatzserklärung - unter Umständen in der Form einer verbindlichen Konvention - über die politischen Freiheiten an. Ferner sollen der UNO-Generalsammlung periodisch Berichte über die einschlägigen nationalen Verfassungs- und Gesetzbestimmungen und die erzielten Fortschritte in der Beseitigung einschränkender Praktiken vorgelegt werden. Schliesslich soll die Hilfe der Vereinten Nationen bei der Durchführung freier und korrekter Wahlen verstärkt werden, wobei natürlich an jene Staaten gedacht wird, die auf diesem Gebiete noch über zu wenig Erfahrung verfügen. Leider verfügt keine Instanz über die Macht, in allen Staaten die Gewährleistung demokratischer Rechte zu erzwingen. Aber schon sehr viel ist gewonnen, wenn diese als internationale Richtlinien anerkannt werden. + + + - 3-

Werden Kieler Versäumnisse aufgearbeitet?

sp - Durch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von Lauenburg (CDU) zur "braunen Patronage" in Schleswig-Holstein, in der er in verwaltungsformaler Manier die Lebensläufe einiger brauner Prominenten von damals buchhalterisch aufzählte und die einmütige Willenserklärung des Landtags in Kiel, die Überbleibsel des nationalsozialistischen Unrechtsstaates seien in jeder Form zu verurteilen, ist die Debatte vor allem zu den Fällen Lautz, Schlegelberger, Oberheuser und Patel überhaupt erst in Gang gekommen. Jetzt beginnt man aufzuzeigen, in welcher Weise sich unser demokratischer Rechtsstaat betont von diesen Personen absetzen kann. Es handelt sich dabei um Maßnahmen, welche die Landesregierung in Kiel schon seit Jahr und Tag hätte vorschlagen können, wenn sie eben nicht im formalen und verwaltungstechnischen Denken befangen gewesen wäre.

Der Bundestag schaffte es seinerzeit sehr schnell, dem 131-er-Gesetz eine "Lex Schörner" beizugeben, wonach dieser General Hitlers alle Beamtenrechte und damit auch seine Ruhestandsbezüge verlor. Eine ganz kurze weitere Ergänzung zu diesem Gesetz, von der Regierung in Kiel an Bundestag und Bundesrat herangetragen, wäre in der Lage gewesen, Hitlers Oberreichsanwalt Lautz und Hitlers Reichsjustizminister in den Jahren 1941/42, Dr. Schlegelberger, die Ruhestandsbezüge abzuerkennen. Beide sind bereits in Nürnberg vom amerikanischen Militärgerichtshof verurteilt worden, und wer nach deutschem Recht eine Strafe von mehr als einem Jahr erhält, verliert automatisch die Beamtenrechte. Wenn schon der formale juristische Standpunkt lautet, eine durch die Alliierten ergangene Strafe bedeute nicht die zwingende Aberkennung der deutschen Beamtenrechte, so kann dieser an sich unverständlichen Folgerung mit einer Ergänzung zum 131-er-Gesetz die logische Konsequenz verliehen werden.

Das Oberlandesgericht in Schleswig-Holstein und die Generalstaatsanwaltschaft dort haben den Herren Lautz und Schlegelberger keinen neuen Strafprozess wegen ihrer im Dritten Reich begangenen Verbrechen geliefert. Nach ihrer Auffassung lässt der Überleitungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und den drei grossen Westalliierten eine nochmalige Bestrafung nach deutschem Recht nicht zu, wenn sie bereits in Nürnberg durch die Alliierten verhängt worden ist. Demgegenüber werden Kriegsverbrecher, die in allen anderen Staaten verurteilt worden sind, in der Bundesrepublik mit Recht noch einmal angeklagt und bestraft, wobei die ausländische Haftzeit auf die Strafe angerechnet wird.

Hierauf hat die Regierung in Kiel niemals aufmerksam gemacht, obgleich sich schon die Frage erhebt, ob die im Grundsatz verankerte Gleichheit vor dem Richter nicht hier schon bereits verletzt wird. Auf der anderen Seite braucht der Absatz 3 des Artikels 103 des Grundgesetzes mit der Form: "Niemand darf wegen derselben Tat aufgrund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden" nicht unbedingt für Verbrecher des nationalsozialistischen Unrechtsstaates zu gelten.

Nach Auffassung der Verwaltungsrichter in Schleswig lässt es die Reichsärzteordnung von 1935 nicht zu, der KZ-Ärztin Oberheuser und

gglicherweise dem Kinder-Euthanasiearzt Catel die Approbation zu entziehen; obgleich die Ärzteordnung das bei sittlichen oder strafrechtlichen Verfehlungen durchaus zulässt. Wenn der Gesetzgeber will, dass Ärzte, die in der nationalsozialistischen Zeit Verbrechen begangen haben, nicht weiter praktizieren, kann er zweifellos die Reichsärzteordnung in diesem Punkt zwingend ergänzen - und das Kabinett von Hassel hätte längst darauf verweisen müssen.

Auf der anderen Seite ist es durchaus angebracht, den hohen Richter zwei Urteile nahezubringen. Einmal hat der Bundesgerichtshof nachdrücklich geurteilt, dass ein Unrechtsbewusstsein, wie man es der Oberhausler in Schleswig zuerkannte, nur bei äusserster Anspannung des Gewissens zubilligen kann. Ferner sagt der Bundesgerichtshof in der neuerlichen Grundsatzentscheidung zur "Euthanasie", sie verstosse so deutlich gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze aller Kulturenationen, dass sich schon hieraus die Rechtswidrigkeit der NS-Massnahmen zur Tötung von Geisteskranken für jeden Einsichtigen ergebe.

+ + +

Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel bleibt

#### Eine Berichtigung

sp - Zu dem im "Sozialdemokratischen Pressedienst" vom 23. Januar 1961 veröffentlichten Artikel des langjährigen spa-Chefredakteurs Fritz Säger, wonach Ministerpräsident von Hassel "zu dem Entschluss kam, nun wenigstens das Parteiamt in Bonn, die Leitung des Wahlkampfes der CDU" niederzulegen, teilt uns Herr Kai-Uwe von Hassel mit, dass er niemals den Entschluss gefasst habe, "das Parteiamt in Bonn, die Leitung des Wahlkampfes der CDU" niederzulegen. - Ferner erklärt Herr von Hassel die Behauptung als unwahr, "dass Berichte der deutschen Auslandsvertretungen an das Auswärtige Amt in Bonn darüber Mitteilung geben, wie man im Ausland auch offiziell die Vorgänge in dem nördlichsten Land der Bundesrepublik beurteilt". Herr von Hassel schreibt, dass ihm vom Auswärtigen Amt auf Anfrage ausdrücklich bestätigt wurde, dass - von einer Ausnahme abgesehen - keinerlei Berichte der auswärtigen Vertretungen der Bundesregierung an das Auswärtige Amt gegeben wurden, die zeigen sollen, "wie man im Ausland auch offiziell die Vorgänge in dem nördlichsten Land der Bundesrepublik beurteilt".

Wir teilen dies unseren Abonnenten mit, verweisen aber gleichzeitig auf den in der Ausgabe des SPD-Pressedienstes vom 24. Januar 1961 veröffentlichten Artikel mit der Überschrift "Loch schlimmer!". Gleichzeitig erinnern wir daran, dass der CDU-Dienst "Bonner Informationen aus erster Hand" am 25. 1. 1961 mitteilt: "Der Wahlkampf der christlichen Demokraten führt Konrad Adenauer, sagte man mir bei der CDU. Im Übrigen hat von Hassel seinen (Wahlkampf-)Ausschuss für kommenden Freitag einberufen". - Ebenfalls erwähnenswert ist, dass die in der deutschen Presse veröffentlichten Meldungen, wonach Herr von Hassel führende CDU-Mitglieder nahegelegt hätten, seinen Posten als Bundeswahlkampfleiter der CDU niederzulegen, nicht dementiert worden sind.

+ ! + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel